

## Kolumne

# Teurer Schwindel

Gastbeitrag von Dr. Holger Schmitz,  
Vorstand der SCHMITZ & PARTNER AG



*Dr. Holger Schmitz ist Bankkaufmann, Diplom-Kaufmann und promovierter Ökonom. Erste Aktienkäufe tätigte er bereits mit 16 Jahren. In seiner Diplomarbeit beschäftigte er sich mit „Aktienanalyse und Portfolioentscheidungen mit Künstlicher Intelligenz“, in seiner Dissertation ging es um „Individuelle Depotverwaltung mit Investmentfonds“. Beide Themen bilden bis heute seine Interessen- und Tätigkeitsschwerpunkte. Viele Jahre arbeitete Schmitz in München mit der Börsenlegende André Kostolany zusammen, bevor er 1997 die SCHMITZ & PARTNER AG (Vermögensverwaltung) und 2005 die Schmitz & Cie. GmbH (Fondsberatung) gründete. Zusätzlich verantwortet er die Anlagepolitik der beiden sich ergänzenden vermögensverwaltenden Investmentfonds Schmitz & Partner Global Offensiv und Schmitz & Partner Global Defensiv. Letzterer belegte am 30.1.2026 in allen drei Kategorien (YTD, 3 Jahre sowie 5 Jahre) den 1. Platz im Ranking von „Das Investment“ unter knapp 400 Fonds der Kategorie „Mischfonds defensiv Welt“. Schmitz lebt und arbeitet seit mehr als 30 Jahren in der Schweiz am Lago Maggiore.*

Das im März 2025 vom Bundestag beschlossene „Sondervermögen“ ist ein Schuldenprogramm, das lediglich den Kernhaushalt entlastet und neue Verteilungsspielräume für zusätzliche Sozialausgaben schafft. Die Nebenwirkungen kommen später: steigende Zinslast, Inflationsdruck und ein Euro, der weiter an Kaufkraft verliert.

## Politeuphemismus

Vor genau einem Jahr hat der Deutsche Bundestag das „Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität“ auf den Weg gebracht: 500 Mrd. EUR für die Infrastruktur des Landes (300 Mrd. EUR für den Bund, 100 Mrd. EUR für Länder und Kommunen sowie 100 Mrd. EUR für Klimaschutz). Tatsächlich handelt es sich dabei aber um kein „Vermögen“, sondern schlichtweg um ein Schuldenpaket, das nur teilweise in Infrastrukturinvestitionen fließt. Die Rechnung kommt später – in Form einer höheren Zinslast, die die Handlungsspielräume weiter einschnürt. Langfristig wird dieses Paket daher mehr schaden als nutzen.

In Kombination mit steigenden Verteidigungsausgaben reden wir nicht über ein paar zusätzliche Milliarden, sondern über einen neuen Schuldenberg von ungefähr 1.000 Mrd. EUR. Zum Vergleich: In den knapp 80 Jahren seit 1949 hat die Bundesrepublik insgesamt rund 2.500 Mrd. EUR Schulden angehäuft. Die Zinsen machen daraus eine Dauerbelastung. Prognosen zufolge könnte die Schuldenquote von aktuell rund 60% des Bruttoinlandsprodukts bis 2034 in Richtung 100% klettern. Und je höher die Quote ist, desto größer wird der politische Druck, den bequemsten Ausweg zu wählen – höhere Inflation, um die Schulden zumindest real in einem erträglichen Rahmen zu halten.

Das Ergebnis: ein Euro, der immer weiter Kaufkraft verliert.

## Umverteilungs- statt Investitionsprogramm

Mit Buchungstricks entlastet das Infrastrukturpaket den Kernhaushalt. Der freigewordene Spielraum fließt dann nicht zwingend in Brücken, Schienen oder Stromnetze, sondern in immer neue soziale Wohltaten wie die Mütterrente. So wird aus einem Investitionsprogramm ein Umverteilungsprogramm, nur mit anderem Etikett. Aus meiner Sicht müssten die Sozialausgaben zumindest auf dem heutigen Niveau eingefroren werden, um finanziellen Freiraum zu schaffen. Doch genau davor drückt sich die Politik: Sie traut sich nicht, ihren Wählern unbequeme Wahrheiten zu vermitteln. Dabei wäre es gerade jetzt höchste Zeit, die Ursachen der wirtschaftlichen Schwäche anzugehen. Weniger Bürokratie, schnellere Genehmigungsverfahren, günstigere Energie – das wären Hebel, die der deutschen Wirtschaft sofort helfen. Weitere Schulden ersetzen das nicht; sie kaufen höchstens Zeit.

## Fazit

Das deutsche Schuldenpaket wird die Schwachwährung Euro noch weicher machen. Anleger sollten daher stattdessen umso mehr auf Hartwährungen wie die norwegische Krone – und insbesondere den Schweizer Franken – setzen. Bei den Eidgenossen lag die Inflationsrate im Februar 2026 bei nur 0,1%. Das spiegelt sich in einer stabilen Währung wider, mit der Investoren ihre Kaufkraft tatsächlich erhalten können. Gleiches gilt für Silber und Gold, die trotz der jüngsten Turbulenzen als Inflationsschutz und Absicherung ins Depot gehören. ■